

Absagen aus Angst vor Ansteckung

In Besuchscafés des Vorarlberger Kinderdorfs sorgt die Coronakrise für Zwist.

BREGENZ Kindern den Kontakt zum nicht mehr im Haushalt lebenden Elternteil zu ermöglichen, kann schon in normalen Zeiten ein schwieriges Unterfangen sein. Treten dann noch Ereignisse wie jetzt die Coronakrise auf, bedeutet das eine zusätzliche Belastung für den ohnehin fragilen Familienfrieden. So kommt es vor, dass Besuchskontakte aus Angst vor einer Ansteckung abgesagt werden. Damit ist auch Gabriele Rohrmeister, Leiterin der Besuchsbegleitung des Vorarlberger Kinderdorfs, derzeit immer wieder konfrontiert. „Die gesetzlichen Bestimmungen oder ein mahnender Zeigefinger richten hier wenig aus“, erzählt die Psychologin. Deshalb versucht sie in Telefonaten, zu deeskalieren und zu unterstützen. „Der Gesprächsbedarf ist groß“ hat Gabriele Rohrmeister festgestellt.

Zeitlicher Abstand

Das Vorarlberger Kinderdorf führt zwei Besuchscafés. Im vergangenen Jahr wurden dort 98 Familien mit 135 Kindern betreut. Das Besuchscafé in Feldkirch ist jeden zweiten, jenes in Bregenz jeden Samstag geöffnet. Die Zuweisung erfolgt durch die Familiengerichts-

hilfe. „Die Eltern können sich aber auch selbst melden“, ergänzt Gabriele Rohrmeister. Zu Beginn der Coronakrise herrschte Unsicherheit darüber, ob die Besuchscafés überhaupt öffnen dürfen. „Unserer Geschäftsführung war es aber wich-



„Es geht vor allem ums Aushalten, und gerade dabei ist **reden** enorm wichtig.“

Gabriele Rohrmeister
Psychologin

tig, das Angebot zu erhalten“, sagt Rohrmeister. Aus Sicherheitsgründen durften die Familien nur noch hintereinander und mit zeitlichem Abstand kommen. „Trotzdem gab und gibt es vermehrt Absagen von Terminen“, berichtet Rohrmeister.

Mit Augenmaß agieren

Besonders Mütter würden in Besuchscafés ein noch höheres Anste-

ckungsrisiko befürchten. Allerdings handelt es sich bei der Besuchsbegleitung um eine gerichtlich angeordnete Maßnahme, die eingehalten werden muss, außer es bestehen triftige Gründe. Angst vor Ansteckung gehört laut der Psychologin nicht in diese Kategorie. Hier müssten Eltern eben mit Augenmaß agieren. Die meisten Trennungsväter hätten Verständnis für das Ausfallen der Besuchskontakte gezeigt.

Gabriele Rohrmeister weiß aber, dass die Situation mit zunehmender Dauer der allgemeinen Einschränkungen für ausgesperrte Väter schwieriger wird, vor allem betrifft das ohnehin schon konfliktbeladene Fälle. „Wir bemühen uns, für alle Eltern ein telefonischer Ansprechpartner zu sein und ihnen dabei zu helfen, alternative Kontaktmöglichkeiten zu finden“, erklärt Rohrmeister. Es stehe den mit Absagen konfrontierten Besuchenden zwar frei, gerichtliche Schritte zu setzen, merkt sie noch an, bezweifelt jedoch, dass solche Maßnahmen derzeit sinnvoll sind und zum gewünschten Erfolg führen. „Es geht vor allem ums Aushalten, und dabei ist Reden wichtig“, betont die Psychologin. **VN-MM**

Unsichere Zeiten für Ferialpraktikanten

Immer mehr Firmen ziehen Angebote für Ferialjobs zurück. Unklarheit bei Pflichtpraktika.

DORNBIRN Ob als Briefzusteller, Servicekraft, Eisverkäufer oder Produktionsmitarbeiter – die Liste der möglichen Ferialjobs in den Sommermonaten ist lang. Auch Lena Amann (25) wollte wie die vergangenen Jahre diesen Sommer bei einer großen Firma arbeiten. Doch die Absage für die Studentin kam bereits zu Beginn der Coronakrise. Wie der Feldkircherin geht es heuer wohl vielen Schülern und Studenten.

Durch die Coronakrise sind dieses Jahr allerdings noch viele Fragen zur Ferialjob- und Praktikumsuche offen. Fest steht: Die Angebote zu offenen Stellen sind eingebrochen, erklärt Monika Paterno, Geschäftsführerin des aha Jugendinfozentrums in Dornbirn. Derzeit werden auf der größten Ferialjobbörse Vorarlbergs 112 Ferialjobs und Praktika angeboten, aber diese Zahl müsse noch nach unten korrigiert werden: „Wir haben allen Firmen einen Brief geschrieben, um zu fragen, ob die Stellen noch aktuell sind, die wir in der Börse haben“, berichtet Paterno. Auf diesen Brief folgten allein an einem Tag 40 Inseratlösungen.

Rückgang bei Nachfragen

Deutlich zurückgegangen ist gleichzeitig mit dem Angebot auch die Nachfrage an der aha-Jobbörse. Das offenbart sich in den Zugriffen auf die Website: Wurde sie vom 15. März bis 22. April 2019 noch 73.000 mal aufgerufen, wurden im Vergleichszeitraum 2020 nur mehr 27.000 Aufrufe verzeichnet. „Das ist schon ein Indiz dafür, dass die Menschen den Kopf woanders ha-



Immer mehr Firmen ziehen ihre Ferialjob-Stellenangebote zurück, berichtet **Monika Paterno**, Geschäftsführerin des aha Jugendinfozentrums. **VN**

ben“, stellt Paterno fest. Beim aha Jugendinfozentrum gebe es derzeit Überlegungen, ob man gemeinsam mit Agenturen Anstellungen als Au Pair innerhalb Österreichs anbieten könne. Ähnlich sieht es bei ländlejob.at aus: „Auf ländlejob.at haben wir derzeit leider nur wenige Ferial- oder Praktikumsstellen. Wir rechnen aber damit, dass durch die Öffnung des Handels etwas Bewegung in das Thema kommt und bieten auch kostenlose Schaltungen für Ferialstellen an“, sagt Claudia Nessler, Leiterin von ländlejob.at. „Insgesamt sehen wir wieder einen leichten Anstieg der verfügbaren Stellen.“

Unsicherheiten bei Pflichtpraktika

Eine ähnliche Unsicherheit herrscht derzeit bei den Pflichtpraktika, die viele junge Menschen für ihre Schulausbildung, etwa in der HLW oder HAK, benötigen. „Es sollte auf jeden Fall Kontakt mit dem Arbeitgeber aufgenommen werden, um das Pflichtpraktikum allenfalls in gekürzter Form zu absolvieren“, erklärt Elisabeth Mettauer-Stubler

von der Vorarlberger Bildungsdirektion. Wenn der künftige Arbeitgeber vom Vertrag zurückgetreten ist, sollten die Schüler nach einem neuen Platz suchen, „allenfalls auch in einem anderen beruflichen Feld.“ Ansonsten gibt es laut Mettauer-Stubler eine Regelung im Schulunterrichtsgesetz, auf die auch die Bundesregierung verweist. Da heißt es sinngemäß: Wenn ein jugendlicher glaubwürdig nachweisen kann, dass das Pflichtpraktikum „aus unvorhersehbaren oder unabwendbaren Gründen“ nicht möglich war, kann es entfallen.

Aufgeben sollten junge Menschen bei der Ferialjobsuche trotzdem nicht: „Man sollte es auf jeden Fall probieren, Initiative zeigen und sich ansonsten auch Alternativen, etwa Nachhilfe überlegen“, rät Monika Paterno und richtet einen Appell an Firmen: „Es wäre schön, wenn trotz unsicherer Zeiten jungen Menschen eine Chance gegeben wird. Nicht nur wegen dem Zuverdienst, sondern auch, weil die Erfahrungen in der Berufswelt sehr wichtig sind.“ **VN-MIH**



Kommentar
Harald Walser

Demokratische Zumutung

Auf Angela Merkel ist in schwierigen Zeiten Verlass. Die deutsche Bundeskanzlerin findet meist nicht nur die richtigen Worte, sondern lässt auch Taten folgen. Die derzeitige Situation beschreibt sie als „demokratische Zumutung“, die vorsichtig, aber

„Wallners Vorpreschen hat österreichweit Aufsehen erregt, **Neuwahlspekulationen** waren in vielen Medien die logische Folge.“

stetig in Richtung Normalität zu verändern sei.

Und Österreich? „Rückkehr zur Normalität: Regierungssprengung ab 15. Mai wieder möglich!“ Das hat am vergangenen Mittwoch das Satireportal „Die Tagespresse“ geschrieben. Landeshauptmann Markus Wallner hat am nächsten Tag in einem „VN“-Interview die türkis-grünen Regierungsübereinkommen in Land und Bund infrage gestellt. Wallner sprach von einer „neuen Agenda“ und kündigte Einsparungen im Sozialbereich und beim Klimaschutz an.

Wallners Vorpreschen hat österreichweit Aufsehen erregt, Neuwahlspekulationen waren in vielen Medien die logische Folge. Johannes Huber („All das schreit nach Neuwahlen“) schrieb in einem Gastkommentar sogar schon von einem möglichen „Superwahltag 11. Oktober“ mit Nationalrats- und Wiener Gemeinderatswahlen. Keine Satire also, wie „Die Tagespresse“ gemeint hat?

Keine neue Normalität!

Doch nicht nur Wallners Vorstoß verunsichert viele. Auch Bundeskanzler Sebastian Kurz wandelt politisch auf gefährlichen Pfaden. In einer seiner zahllosen Pressekonferenzen hat er zu verstehen gegeben, dass es „kein Zurück in die Normalität“ geben werde, sondern eine „neue Normalität“. Umgehend sprach Chris-

tian Rainer im „profil“ zurecht von einer „gefährlichen Drohung“.

Demokratie und Rechtsstaat funktionieren auf der Grundlage von Verfassung und Gesetzen. Man mag es dem Zeitdruck zuschreiben, dass die Regierung in den letzten Wochen einige Erlässe veröffentlicht hat, die einer rechtlichen Überprüfung nicht standgehalten haben. Das wurde von Opposition und Medien zurecht kritisiert.

Sebastian Kurz hingegen hat diese notwendige Kritik lapidar als „juristische Spitzfindigkeit“ abgetan. Das hat Verfassungsrechtler und sowohl den amtierenden als auch den Alt-Bundespräsidenten auf den Plan gerufen. In wohlthuend unaufgeregter Weise hat Heinz Fischer in einem ZIB2-Interview ein verfassungs- und gesetzeskonformes Handeln eingemahnt. Und Alexander van der Bellen stellte unmissverständlich klar, dass die jetzigen Einschränkungen der Grundrechte „mit einem Ablaufdatum versehen sein“ müssen. Nix da mit „neuer Normalität“!

Ungarische Verhältnisse?

Man muss die „neue Normalität“ zwar nicht gleich mit „Ausnahmestandard“ übersetzen, wie das FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl getan hat. Gefährlich aber ist das Spiel mit solchen Begriffen allemal, wie das Beispiel Ungarn zeigt. „Ungarische Verhältnisse“ wollen bei uns wohl die wenigsten.

Der „Corona-Schock“ hat in den letzten Wochen viele vom eigenständigen Denken abgehalten. Dazu beigetragen haben auch einige Medien, die statt kritischer Berichterstattung auf Huldigung umgestellt haben. Es ist zu hoffen, dass beides kein Dauerzustand wird.

HARALD WALSER
harald.walser@vn.at

Harald Walser ist Historiker, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat und AHS-Direktor.

KARIKATUR

Behutsames Hochfahren!

